

Redaktioneller Teil

Bekanntmachung der Geschäftsstelle.

Betr. Abbau der Kulturetats.

Die im Börsenblatt vom 22. September abgedruckte Eingabe des Börsenvereins betr. Abbau der Kulturetats und seine Folgen für den Verlag wissenschaftlicher Zeitschriften steht in Sonderabzügen zur Verfügung. Wir bitten unsere Mitglieder, zur Verbreitung dieser Eingabe an alle interessierten Stellen beizutragen und Exemplare zu diesem Zweck bei uns anzufordern.

Leipzig, den 25. September 1931.

Dr. Heß.

Herbstversammlung des Mitteldeutschen Buchhändler-Verbandes in Wiesbaden.

Eine Kundgebung gegen den Abbau der Kultur-Etats.

Die diesjährige Herbstversammlung, zu der sich am 20. September die Mitglieder des Mitteldeutschen Buchhändler-Verbandes in Wiesbaden zusammengefunden hatten, gestaltete sich zu einer bedeutungsvollen Kundgebung gegen den Abbau der Kultur-Etats, dessen verheerende Folgen gerade den Buchhandel besonders schwer treffen. Zu der Versammlung waren auf die an sie vom Mitteldeutschen Verband ergangene besondere Einladung hin führende Persönlichkeiten der Bibliothekartreise aus den wichtigsten Städten des Verbandsgebietes wie Frankfurt a. M., Darmstadt, Gießen, Marburg, Mainz und Wiesbaden erschienen. Der Herr Regierungspräsident in Wiesbaden ließ sich durch Herrn Schulrat Winter vertreten.

Nach einigen kurzen Begrüßungsworten durch den ersten Vorsitzenden des Mitteldeutschen Verbands, Herrn Alt, der seiner besonderen Genugtuung darüber Ausdruck gab, daß so zahlreiche Bibliothekare der an sie ergangenen Einladung zur Teilnahme an der Versammlung gefolgt sind, erstattete der Generaldirektor des Börsenvereins, Herr Dr. Heß, ein ausführliches Referat über den Abbau der Kultur-Etats und seine Folgen.

Herr Dr. Heß beleuchtete mit seinen sehr interessanten Ausführungen eingehend die Lage, die als Folge der immer stärkeren Streichungen an den Sach-Etats für Bildungszwecke durch das Reich, die Länder und die Gemeinden nicht allein in materieller Hinsicht für den Buchhandel als Berufsstand, sondern in besonderem Maße auch für alle Kulturinstitute entstanden ist. Bei aller Einsicht, daß die ungewöhnlich schlechten Wirtschaftsverhältnisse zu schärfsten Sparmaßnahmen zwingen und Opfer von jedem einzelnen, also auch vom Buchhandel als Berufsstand gebracht werden müssen, ist, wie Herr Dr. Heß betonte, doch die Frage aufzuwerfen und zu prüfen, ob bei den immer stärkeren Streichungen der sachlichen Aufwendungen für Bildungszwecke nicht zuviel fiskalisch und zu schematisch vorgegangen wird. Die in den Etats des Reichs, der Länder und der Gemeinden enthaltenen Aufwendungen für kulturelle Zwecke zeigen schon seit 1928 eine rückläufige Tendenz, die in den folgenden Jahren immer stärker geworden ist und gerade in den letzten Monaten den bedenklichsten Umfang angenommen hat.

Schon auf dem Bibliothekartag des Jahres 1929 wie auch auf Tagungen der Lehrer, der Volksbibliothekare, des Hochschul-Verbands usw. wurde eindringlich auf die Gefahren hingewiesen, die weitere Streichungen an den Kultur-Etats zur Folge haben müßten. Auch von einzelnen Mitgliedern des Reichstags wurde gelegentlich bei Aufstellung der Haushaltetats hierauf hingewiesen. An Hand interessanter Zahlenmaterials zeigte der Referent, wie sich die Streichungen in einzelnen Fällen bereits auswirkten und bei weiteren Kürzungen noch auswirken werden. Eine Bibliothek, die nur gerade noch über soviel Mittel verfügt, um ihren Bestand notdürftig zu erhalten, vergleicht der Referent mit einem lebenden Leichnam, reichen die Mittel aber selbst hierzu nicht mehr aus, so ist sie zum Tode verurteilt. Mit der da und dort bereits notwendig gewordenen Schließung größerer Lesesäle werden nicht allein alle die Kreise schwer betroffen, die aus wissenschaftlichen Berufsgründen Besucher dieser Lesesäle sind, sondern vor allem auch die Erwerbslosen, die heute in großem Maße die ihnen zwangsweise auferlegte Freizeit dazu benutzen, sich in den Bibliothekslesesälen fortzubilden. Der Referent bezeichnet es als eine falsche Rechnung, wenn in den Gemeindefetats die kulturellen Ausgaben in einer so schlechten Relation zu anderen Ausgaben wie z. B. Aufwendungen für Wohlfahrtszwecke, Wohnungsbauwirtschaft usw. stehen und glaubt, daß dies nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß die Kultur-Etats meist der Punkt des geringsten Widerstands sind.

Die Kürzungen und Streichungen der sachlichen Aufwendungen für Bildungszwecke wirken sich aber nicht allein auf die Bibliotheksetats, sondern auch auf die Etats der Schulen, Behörden usw. aus. Besonders betroffen wird durch diese Zustände der gesamte wissenschaftliche Buchhandel und insbesondere auch der Verlag wissenschaftlicher Zeitschriften. Die bereits erfolgten Abonnements-Abbestellungen durch Bibliotheken, Schulen, Behörden usw. gefährden zahlreiche im In- und Ausland angesehene wissenschaftliche Zeitschriften in ihrer Existenz. Auch die Lehrmittelverlage sind bereits stärkstens in Mitleidenschaft gezogen worden. 60 Prozent der in Leipziger Lehrmittelverlagen beschäftigt gewesenen Angestellten und Arbeiter sind bereits heute stellenlos. Beim Lehrmittel-Verlag kommt noch hinzu, daß ein großer Teil des Auslandmarktes, der bisher von Deutschland beherrscht worden ist, verloren gegangen ist. Der Schulbuchverlag erleidet durch die bevorstehende Reform des Sprachunterrichts erneut große Verluste. Für den wissenschaftlichen Verlag wird in Zukunft nicht mehr die Frage im Vordergrund stehen, wie billig kann ich verlegen, sondern kann ich überhaupt noch verlegen. Was dies nicht nur für die Fortentwicklung der deutschen Wissenschaft, sondern auch für das Ansehen der deutschen Kultur in der Welt bedeutet, liegt auf der Hand. Für das wissenschaftliche Sortiment aber bedeuten die Abbestellungen wissenschaftlicher Zeitschriften und der dauernd zurückgehende Absatz wissenschaftlicher Bücher eine geradezu untragbare Last und Existenzgefährdung. Diese Auswirkungen einer kurzfristigen und überspannten Kürzung der sachlichen Aufwendungen für Bildungszwecke fügen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden nicht nur großen kulturpolitischen Schaden zu, sondern bedeuten für diese in der Zukunft auch einen nicht unwesentlichen Ausfall an Steuern und eine